

Lutz Götze

Die Völkerwanderung der Moderne
als Ausdruck der Krise der Weltwirtschaftsordnung
Überlegungen zu einer neuen Strategie der europäischen Linken

Die Euphorie angesichts der in München und Passau ankommenden Massen von Flüchtlingen ebbt ab; der Alltag schlägt Helfer und Asylsuchende in seinen Bann. Bei manchen der Betroffenen stellt sich bereits der Kater ein: Wie weiter? Wie viele kommen noch? Wie können möglichst schnell möglichst viele Flüchtlinge in Brot und Arbeit gebracht werden? Wie kann sich das Land der eingeschleusten IS-Sympathisanten und Kämpfer erwehren? Wie können hinfort die Außengrenzen der Europäischen Union wirksam geschützt werden? Wie gelingt es, das für Deutschland wegen seiner Vergangenheit unverzichtbare Recht auf Asyl vor Missbrauch zu bewahren?

Fragen über Fragen und nur wenige überzeugende Antworten. Die Europäische Union und andere Industriestaaten haben, bitter genug, über Jahre hinweg die Hände in den Schoß gelegt und darauf vertraut, dass die Massen, die Krieg und Elend in Syrien, Libyen, Eritrea und anderswo hinter sich lassen wollten, irgendwo stranden und die Festung Europa nicht erreichen würden. Diese Hoffnung war trügerisch und in nichts begründet. Nunmehr erweist sich, dass die Union in Wahrheit ein Konglomerat von Staaten ist, die im Konfliktfall nationalistisch und gegeneinander agieren statt nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Besonderen Egoismus praktizieren dabei Ungarn mit teilweise faschistoider Argumentation, sodann Polen, das nachweislich in der Vergangenheit die meisten Fördergelder aus Brüssel – im Jahre 2013 16,2 Milliarden Euro bei 3,8 Milliarden Eigenleistung erhalten hat, sich jetzt aber vehement gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wehrt und allenfalls katholischen Christen Unterschlupf gewähren will – , schließlich Großbritannien, also jene Kolonialmacht, die über Jahrhunderte hinweg, mehr als jede andere, die Länder Afrikas, Asiens und Amerikas ausgeplündert hat, sowie Tschechien,

die Slowakei und die baltischen Staaten. Die Europäische Union ist derzeit eine Chimäre. Sollte es in naher Zukunft nicht gelingen, einen *Marshall-Plan* für die Verteilung der ankommenden Flüchtlinge und deren menschenwürdige Unterbringung in den Ländern der Union zu entwickeln und zu verwirklichen, hat Europa in einer geschichtlich einzigartigen Situation versagt. Denn die Grundwerte, auf denen der Kontinent fußt, sind die Losung der Französischen Revolution: *liberté, égalité, fraternité*. Freiheit, Solidarität und die Achtung der Menschenrechte heißt das übersetzt in Deutschland. Dafür stand und steht Europa; derzeit scheint es verkürzt zu sein auf das Materielle, also den Euro, und das Verlangen einzelner schamloser Nationalstaaten, davon so viel wie möglich in die eigenen Taschen zu lenken.

Deutlicher formuliert: In Europa herrschen zunehmend nicht die demokratischen Grundwerte, sondern jene der Finanzwirtschaft, also eine *marktkonforme Demokratie*.

Der Blick auf die Misere darf freilich nicht davon ablenken, anzuerkennen, dass – neben einer Minderheit, die in den Medien Politiker und Journalisten in einer Fäkalsprache beschimpft, die dem „Wörterbuch des Unmenschen“ entstammt – viele Bürgerinnen und Bürger, zumal in München, europäisches Denken geradezu mustergültig praktiziert haben: hilfsbereit und gastfreundlich gegenüber den Ankömmlingen, die zum überwiegenden Teil Schreckliches erlebt haben und traumatisiert sind. Deutschland kann darauf stolz sein; Kritiker wie der ungarische Ministerpräsident *Orbán* hingegen gehören nicht in die Union, weil sie Menschenrechte mit Füßen getreten haben.

Inzwischen wird deutlich, dass die vermeintliche „Flüchtlingskrise“ in Wahrheit eine Krise der seit Jahren betriebenen Migrationspolitik ist. Fortwährend wurde behauptet, Deutschland sei kein Einwanderungsland, weshalb es auch kein Einwanderungsgesetz – wie in Australien, Kanada und anderen vergleichbaren Ländern – brauche. Deshalb versuchen jetzt Hunderttausende, über ein Asylverfahren in Deutschland unterzukommen, was aber gemäß Artikel 16 des Grundgesetzes nur politisch Verfolgten vorbehalten ist. Sie müssen notwendigerweise dabei scheitern.

Die Situation an Deutschlands Grenzen, zumal in Bayern, hat sich in den letzten Tagen dramatisch verschlechtert. Tag für Tag kommen Tausende dort an, freiwillige Helfer, Technisches Hilfswerk, Verwaltung und Polizei sind am Ende ihrer Kräfte. Die neuen Asylregelungen bieten eigentlich eine geeignete Grundlage für geordnete und schnelle Asylverfahren, doch der Streit um „Transitzonen“ (Union) und „Einreisezentren für Erstaufnahmeeinrichtungen“ (SPD) nervt die Helfer. Es geht um Rechthaberei. Neuerdings sprechen die Koalitionäre von „Besonderen Aufnahmeeinrichtungen“: eine Einschränkung des Asylrechts ist damit verbunden. Doch jenseits solcher Überlegungen verstärkt sich bei den Helfenden an der Grenze der Eindruck, „die da oben“ seien weit weg von der Wirklichkeit und missbrauchten das Flüchtlingselend für parteipolitische Spielchen. Für sie gilt das einzig Richtige: zuerst Notaufnahme mit Bett und einem warmen Essen, sodann Registrierung, beschleunigte Asylverfahren und Ausweisung der nicht von Krieg und politischer Verfolgung Betroffenen, danach für die Asylberechtigten Sprachkurs, Vermittlung unserer Grundwerte und berufliche Aus- und Fortbildung, um die ersten Schritte in Richtung Integration zu ermöglichen.

Ein gleiches Taktieren wie hierzulande ist auf der internationalen Ebene zu beobachten: In der Türkei erpresst Staatspräsident *Erdogan* in der Flüchtlingsfrage die Europäische Union und erhält beträchtliche Finanzmittel im vermeintlichen Kampf gegen den „Islamischen Staat“. In Wahrheit missbraucht er den Terror des IS, um die Kurden zu bekämpfen und einen Kurden-Staat zu verhindern, der ansatzweise um Erbil im Nordwesten des Irak entstanden ist.

Der Wahlausgang vom 1. November hat die AKP und Erdogan selbst erheblich gestärkt. Mit Angstkampagnen, Panikmache und verschärfter Zensur der kritischen Medien hat es die islamisch-konservative Regierungspartei geschafft, Bürgerinnen und Bürger zu verunsichern und sie zu Wählern der AKP zu machen: Sicherheit, Wohlstand und Schutz vor Terror wurden ihnen versprochen. Ausgestattet mit dieser neuen Macht versucht Erdogan Europa in die Knie zu zwingen: Kanzlerin *Merkel* hat, wenige Tage danach, bereits in Ankara ihren Kotau vollzogen und Beschleunigung bei den Beitrittsverhandlungen sowie eine Liberalisierung der Visabestimmungen für Türken versprochen. Die EU-Kommission ihrerseits hält einen türkei-kritischen Bericht

über Menschenrechtsverletzungen am Bosphorus zurück, um Erdogan nicht zu erzürnen. Geht es noch schlimmer?

Es geht: Wenige Tage später versuchte sie ihr Glück bei den Chinesen: Dort werden zwar unverändert die Menschenrechte mit Füßen getreten, Oppositionelle verhaftet und erschossen, wird die Presse- und Internetsensur weiter verschärft, aber Frau Merkel in ihrer vollkommenen Konzeptions- und Hilflosigkeit will China als Verbündeten im Kampf gegen den IS-Terror gewinnen. Nebenbei sichert sie der deutschen Exportindustrie Riesenaufträge.

Noch einmal zurück zur Türkei: Die Wahl hat obendrein erhebliche weiterreichende Folgen für Europa: Ein mit erheblichen Vollmachten ausgestatteter Präsident in Ankara kann fortan autokratisch regieren: Der Krieg der türkischen Armee gegen die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK wird forciert, die Demokratie Zug um Zug abgebaut, die Mediensensur verschärft; die prokurdische Partei HDP wird bekämpft, andere Oppositionsparteien wie die kemalistische CHP – die einstige Schwesterpartei der europäischen Sozialisten – versinken in der Bedeutungslosigkeit. Im Jahre 2023 – einhundertster Jahrestag der Gründung der modernen Türkei unter *Mustafa Kemal Atatürk* – will Erdogan sein Land als Machtfaktor Nr.1 im Nahen und Mittleren Osten präsentieren: islamistisch geprägt, also nach Osten blickend und dem Westen abgewandt. Die falsche deutsche Politik der vergangenen Jahre – Nichtaufnahme der Türkei als Vollmitglied der Union, stattdessen „besondere Partnerschaft“ – wird sich dann rächen: Die Türkei wird Großmacht, aber anders, als Mustafa Kemal es damals wollte, nämlich nicht westlich, sondern islamistisch orientiert. Die Wahl vom 1. November 2015 weist in die Richtung, die das Land zukünftig einschlagen wird.

Ähnlich verhängnisvoll für eine vernünftige werteorientierte europäische Politik war die Wahl in Polen: Die konservativ-nationalistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ von Parteichef *Kaczynski* und seiner Ministerpräsidentin-Marionette wird fort noch stärker europafeindlich auftreten, keine muslimischen oder anderen Flüchtlinge mit Ausnahme der Katholiken aufnehmen und Integrationsbemühungen zu unterlaufen versuchen.

Ursachen der Wanderung

Der Blick auf die Misere darf aber auch nicht davon ablenken, auf die Ursachen der Völkerwanderung zu verweisen. Einige Tatsachen seien, stellvertretend für viele, deshalb in das Bewusstsein gerückt. Sie zeigen zwingend, dass europäische und nordamerikanische Nationen wesentlich für das Elend in der Welt verantwortlich sind. Das wird besonders deutlich in Afrika, jenem Erdteil also, aus dem die meisten der Flüchtlinge stammen. Der europäische Kolonialismus hat über Jahrhunderte den Kontinent ausgebeutet, willkürliche Landesgrenzen gezogen und diktatorische Regime mit Waffen und Logistik unterstützt. Die Gier nach Rohstoffen wie Schwere Erden, Gold, Mangan, Zinn, Wolfram und anderen ist schier unerschöpflich, neuerdings stimuliert durch die hierzulande hoch begehrten Smartphones und Tablets. Der Reichtum der Länder des Nordens bedingt das Elend des Südens, dessen Regime mit Waffenlieferungen an der Macht gehalten werden. Deutsche Firmen wie *Heckler&Koch* oder *Krauss-Maffei/Wegmann* sind mit Gewehren und Panzern beim blutigen Exportgeschäft an vorderster Front dabei, wenn es, häufig unter krimineller Umgehung geltender Exportrestriktionen (Saudi-Arabien, Katar, Mexiko), darum geht, den Profit zu maximieren. Wenn Aufständische und gegen soziale Ungerechtigkeit und Klimazerstörung Protestierende massakriert werden, sind allenthalben deutsche Waffen dabei, so in Katar und Bahrain. Saudi-Arabien lenkt deutsche Waffen direkt in die Golfstaaten, um Demokraten zu töten; ähnlich geschieht es im Jemen. Jeder weiß das, aber die Regierungen billigen weitere Exporte.

Die alten Kolonialmächte und die Vereinigten Staaten von Nordamerika konkurrieren heute vor allem mit *China*, das danach strebt, sich den afrikanischen Kontinent sowie Südostasien mit brutalen Mitteln einzuverleiben. Dazu dienen Waffenexporte, Kreditvergaben und Stellvertreterkriege, so im Kongo. Ein besonders erschreckendes Beispiel aber ist die durch eine planmäßige Strategie von Weltbank und Internationalem Weltwährungsfonds (IWF) betriebene Massenvernichtung der Dritten Welt durch Hungerkatastrophen, um den Export von Nahrungsmitteln aus dem Norden in den Süden zu begünstigen und die einheimische Landwirtschaft zu zerstören, so im Sudan.

Zweites Beispiel ist der Nahe und Mittlere Osten. Als Ergebnis des Ersten Weltkriegs schuf Großbritannien mit der *Balfour-Deklaration* die Grundlage für die weitere Ausplünderung der Region. Der mit geschichtlichen Verdrehungen und Lügen begründete Irak-Krieg der USA destabilisierte, Jahrzehnte später, die Region und schuf die Grundlage für das Entstehen des *Islamischen Staates*, der wesentlich durch Offiziere des alten *Baath*-Regimes des Diktators *Hussein* begründet wurde. Ebenso geschah es, Jahre später, in Syrien: unter, wie, Jahre zuvor in Afghanistan, wesentlicher Mitwirkung Russlands, das das verbrecherische *Assad*-Regime seit Jahren mit Waffen unterstützt und das geschundene Land als militärischen Stützpunkt in der Region zur Durchsetzung seiner imperialen Interessen missbraucht. Heute kämpfen die, teilweise islamistisch geprägten, Gegner des alawitischen Diktators in Damaskus mit westlichen Waffen, Assads Truppen verteidigen den ihm noch verbliebenen Teil des Landes um die Hauptstadt mit ihrem russischen Waffenarsenal. „Krieg ist die feige Flucht vor den Problemen des Friedens“, wusste bereits *Thomas Mann*.

Der Westen, Russland, Syrien, die Golf-Diktaturen und der Iran sind also die Hauptschuldigen des Elends im Nahen und Mittleren Osten und damit auch des Entstehens der derzeit größten Gefahr, des Islamischen Staates. Die USA haben mit ihren Irak-Kriegen unter den Präsidenten *Bush* den Boden dafür bereitet, Russland hat mit seiner Unterstützung des *Assad*-Regimes das Seine beigesteuert. Beider Klagen über die mörderischen Verbrechen der selbsternannten Gotteskrieger sind daher pure Heuchelei. Der Spruch von Al Qaida: *Ihr liebt das Leben, wir den Tod* verdeutlicht im Übrigen in zynischer Weise den Zusammenhang beider Systeme.

Ein Wendepunkt

Syrien ist heute ein zerstörtes Land. Der jahrelange Bürgerkrieg zwischen dem Diktator *Assad* und den Milizen hat das Land in die Katastrophe geführt. Von den über zwanzig Millionen Einwohnern ist jeder zweite auf der Flucht, vier Millionen vegetieren außer Landes. Die Nachbarländer Jordanien, der Libanon und die Türkei nehmen seit Jahren Millionen Vertriebener auf; im Vergleich dazu sind selbst die Zahlen in Deutschland lächerlich gering, was freilich Viele

hierzulande nicht hindert, hinauszuposaunen, das *Boot sei voll*. Sie wollen nicht wahrhaben, dass diese Migration erst der Anfang von Völkerwanderungen außergewöhnlicher Art ist, deren Dimensionen wir uns heute nicht einmal ansatzweise vorstellen können: Kriege, Klimakatastrophen und Hungersnöte werden zukünftig weit mehr Menschen nicht nur im Süden veranlassen, sich auf den Weg in die reichen Länder zu machen. Die Menschen in Europa wollen obendrein nicht wahrhaben, dass Deutschland und alle Industriestaaten an einem *Wendepunkt* angelangt sind: *Nationale* Lösungsstrategien bei Kriegen und globalen Katastrophen führen sich selbst ad absurdum, *nationale* Identitäten sind fragwürdiger denn je. Deutschland und andere Einwanderungsländer verändern sich, unaufhaltsam und voller Schwierigkeiten: Die Länder werden einerseits bunter und interessanter durch die Ankömmlinge, aber auch komplizierter und unübersichtlicher. Je eher und konstruktiver dieser gesellschaftliche Wandel begriffen und zukunftsorientiert gestaltet wird, desto besser für alle. Rückschläge, auch bitterer Art, sind dabei unausbleiblich. Dabei darf unser Wertesystem nicht in Frage gestellt werden: Achtung der Menschenrechte, insbesondere Presse- und Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Trennung von Kirche und Staat, Verbot von Rassismus und Terror gegen Andersdenkende.

Zentrifugale kosmopolitische Modernität und *zentripetales* Verlangen nach Nähe und Zugehörigkeit prallen in diesem Transformationsprozess aufeinander: Zum einen wollen oder müssen immer mehr Menschen ihren angestammten Wohnraum verlassen und sich anderswo behaupten, zum anderen verteidigen immer mehr Menschen ihren angestammten Raum, ihre Mentalitäten und ihre Traditionen gegen „Fremde“, agieren also zentripetal. Zentripetal sind auch Gedanken einer *funktionalen Dezentralisierung*, etwa bei der Stromversorgung: geringere Kosten und weniger Sicherheitsaufwand.

Die Menschen wehren sich aber auch gegen immer stärker zu beobachtende Tendenzen der Zentralisierung auf staatlicher Ebene: Europäische Union, Weltbank, Internationaler Weltwährungsfonds. Besonders virulent und vehement geschieht dies derzeit beim Widerstand in Europa gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), weil die Menschen zu Recht argwöhnen, dass unverzichtbare Standards der Meinungs- und Pressefreiheit

sowie der Ernährung dem Diktat des sogenannten Freien Marktes und damit der hemmungslosen Profitmaximierung unterworfen werden. Die Auseinandersetzungen zwischen zentrifugalen und damit also wesentlich wertfreien – weil einzig dem Nutz- und Tauschwert unterworfenen – Tendenzen einerseits sowie zentripetalen und damit vor allem werteorientierten Tendenzen andererseits werden in Zukunft an Schärfe zunehmen, wobei im zweiten Falle entscheidend ist, welche Werteordnung jeweils angestrebt wird: Zwischen den Maximen der Französischen Revolution und der UN-Charta von 1948 einerseits und jenen des islamischen Fundamentalismus andererseits gibt es keinerlei Gemeinsames. Interessant ist auch, dass den zentrifugalen Tendenzen ursprünglich zutiefst humanistische Werte zugrunde lagen: Anerkennung der Menschenrechte sowie der Presse- und Meinungsfreiheit weltweit, günstige Lebensbedingungen für *alle* Menschen. Die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hat dieses Grundkonzept beseitigt und an seine Stelle den Vorrang des Kapitals in allen Lebensbereichen durchgesetzt. Die Verabsolutierung des Marktes hat das gesamte Leben – Produktions- wie Reproduktionssphäre – determiniert: Angebot und Nachfrage, Tausch- und Verkaufswert bestimmen alles und dringen bis in die Privatsphäre vor. Was nicht ver- oder käuflich ist, taugt nichts!

Hinzu kommt ein weiterer Faktor, der zentripetale Tendenzen unterstützt: das Erstarken totalitärer und religiös begründeter Machtansprüche. *André Malraux* prägte am Ende des vergangenen Jahrhunderts den Satz: „Das 21. Jahrhundert wird religiös sein oder es wird nicht sein!“ Das Anwachsen des religiösen islamischen Fundamentalismus scheint das zu bestätigen. Der Hass auf Anders- und Ungläubige führt zu Abschottung, Fremdenhass und Terror, ebenso übrigens bei seinen Gegnern, wie die Errichtung von Zäunen an Ungarns Grenzen zeigt. Die Losung lautet nicht mehr: *Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*, sondern *Reiche aller Länder, wacht auf!* Nicht „Teilen“ oder Nachhaltigkeit ist das Gebot der Stunde, sondern das Verteidigen des errungenen Lebensstandards, die schnelle Profitmaximierung und die Ausnutzung des volatilen Börsenkurses. Dazu ist jedes Mittel recht, vor allem der Betrug: Der Abgasskandal bei *Volkswagen* ist nur die Spitze des Eisbergs.

Weltweit ist ein Wendepunkt erreicht. Die bisherigen Krisenbewältigungsmittel erweisen sich als unbrauchbar, weil wirkungslos. Die Krise Chinas und anderer BRIC-Staaten sind schlagende Beweise dafür, aber auch im Herzen des Kapitalismus – der angelsächsischen Welt – breitet sich Ratlosigkeit aus. Weder haben die dauerhafte Null-Zins-Politik der Zentralbanken in den USA und Europa noch das Überfluten des Geldmarktes der Europäischen Zentralbank nennenswerte Erfolge gezeitigt. Neoliberale kapitalistische Politik ist auf breiter Front gescheitert. Wie weiter?

Linke Parteien

Schlägt jetzt die Stunde für linke Parteien? Können sie mit einer überzeugenden Strategie verlorene Wähler und verlassenes Terrain zurückgewinnen und, zumindest in Europa, wieder Politik im Interesse der sozial Schwachen gestalten? Eine Politik aber auch, die für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und stabile Verhältnisse in den Herkunftsländern der Flüchtlinge kämpft, zumal in Syrien.

Ein Blick auf die führenden europäischen sozialdemokratischen Parteien – die Parti socialiste in Frankreich, die deutsche Sozialdemokratie und die britische Labour Party – ist ernüchternd. Alle drei Parteien haben in der Vergangenheit, zumal zu Zeiten ihrer Regierungstätigkeit, einen deutlichen Schritt Richtung politische Mitte getan. Genauer: Sie haben ihre Programmatik Zug um Zug aufgegeben und sich bis zur Unkenntlichkeit verändert. Ihre neoliberale „Reformpolitik“ hat die Stammwählerschaft geschädigt und ihre Stammmitgliedschaft in Scharen aus den Parteien getrieben. Die Hartz-IV-Politik der deutschen Sozialdemokratie unter Kanzler Schröder hat die soziale Ungleichheit in Deutschland verschärft, die antisoziale Politik der französischen PS unter den Präsidenten *Mitterrand* und *Hollande* hat die Arbeitslosigkeit dramatisch anwachsen lassen, zumal unter den Jugendlichen. Obendrein hat sie Massen von ehemals sozialistischen Wählern zum Front National getrieben.

Ähnlich erging es der Labour Party, die unter Premierminister *Blair* die neoliberale Politik ihrer Vorgängerin Thatcher fortsetzte und dafür am Ende die Quittung erhielt: Absturz in die Bedeutungslosigkeit.

Ein genauerer Blick auf die deutsche linke Szene wirkt noch weit ernüchternder: Die SPD hat sich unter Parteichef *Gabriel* offensichtlich damit abgefunden, Mehrheitsbeschaffer der Union unter Kanzlerin Merkel zu sein. Die Empfehlung von Schleswig-Holsteins sozialdemokratischem Regierungschef *Albig*, bei der nächsten Bundestagswahl keinen eigenen Kanzlerkandidaten zu nominieren, ist die logische Konsequenz dessen, in Wahrheit freilich der Offenbarungseid: Sollte die einstmals große deutsche Volkspartei SPD das tun, täte sie besser daran, gänzlich von der politischen Bühne abzutreten!

Übrigens sind die Oppositionsparteien keinen Deut besser: Die Grünen haben sich darauf konzentriert, bei der nächsten Wahl die FDP/SPD als Mehrheitsbeschaffer für die Union zu ersetzen; auf der Strecke bleibt ihr ökologisches Profil. Ihr Personal ist obendrein – gemessen an den Vorgängern *Petra Kelly*, *Gert Bastian* und *Antje Vollmar* – bescheiden bis lächerlich.

Bleibt die Linke: Sie erschöpft sich in der Rolle dessen, der soziale Gerechtigkeit und militärische Enthaltbarkeit anmahnt, und praktiziert die ansonsten in der Tradition der Linken bekannten Grabenkämpfe zwischen „Realisten“ und „Fundamentalisten“. Zustimmung in der Bevölkerung gewinnt man damit bekanntlich mitnichten; bislang ist Die Linke eine regionale Minderheitenpartei des Ostens geblieben, vergleichbar der CSU in Bayern, freilich auf dem anderen Flügel der Gesellschaft.

Doch es gibt auch Positives: Die *Syriza*-Partei hat, gegen alle Erwartung, die griechische Parlamentswahl überzeugend gewonnen und die Rückkehr der konservativen *Nea Demokrazia* – eine der korrupten Hauptschuldigen an der Wirtschafts- und Finanzkrise Griechenlands – an die Macht verhindert. Wenngleich durch die Austeritätsauflagen von IWF und Weltbank arg gebeutelt und in seinem Handlungsspielraum enorm eingeschränkt, wird Premierminister *Tsipras* versuchen, das Land wirtschaftlich und sozial wieder voranzubringen. Dies kann nur gelingen, wenn dem Land eine „Kulturrevolution“ verordnet wird:

Korrekte Steuer- und Gesetzgebung, Abbau der Vetternwirtschaft und Korruption.

Syriza hatte von Anfang an im Grunde eine Systemänderung angestrebt: einen *Kapitalismus mit menschlichem Antlitz*. Oder anders: Ein Modell eines künftigen sozialen Europas jenseits des Neoliberalismus sollte geschaffen werden. Daran ist die Partei vorerst gescheitert – auch, weil Griechenland allein blieb. Der Widerstand der Herrschenden war stärker, die ökonomische Unvernunft regiert weiter. Unter der Jugend in Griechenland herrscht Resignation; sie strebt nach Deutschland und Europa.

Beachtlich ist auch das Anwachsen der linken Protestgruppe *Podemos (Wir schaffen es)* in Spanien. Das Land leidet unter einer enormen Arbeitslosigkeit, zumal unter Jugendlichen; das Wirtschaftswachstum ist, bedingt erneut durch neoliberale Sparzwänge des Internationalen Weltwährungsfonds, schwach. Podemos nun will die Wirtschaft durch staatliche Kredite ankurbeln und die Gewinne sozial gerecht verteilen. Entstanden ist die Bewegung durch das Versagen und die Korruption der Sozialistischen Partei (PSOE), die, nach Francos Tod und ihrer Gründung unter Hilfe der deutschen Sozialdemokratie, in den 70er Jahren an die Macht gekommen war und derzeit ohne Einfluss auf die politischen Entscheidungen dahindümpelt – ähnlich wie die PASOK in Griechenland. Die Bilder gleichen sich: Überall, wo Sozialisten oder Sozialdemokraten ihr politisches Profil um willen der Machteroberung oder des Machterhalts geschleift haben – SPD, PS, Labour, PASOK, PSOE – verloren sie Wählerstimmen und sanken, befördert durch ihren Neoliberalismus, Korruption und Vetternwirtschaft, in die Bedeutungslosigkeit. Zugleich beförderte, zumal in Frankreich, Großbritannien und Griechenland, dieser Prozess das Erstarken rechter Parteien wie des Front National, des UKIP oder der „Goldenen Morgenröte“.

Einen wirklichen Lichtblick aber bietet Großbritannien: Am 12. September wählte Labour in einer erstmals durchgeführten Urwahl den Altlinken und bislang eher unauffälligen *Jeremy Corbin* zu seinem Vorsitzenden. Gleich im ersten Wahlgang schaffte er mit 59.5 % aller abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit, die Vertreterin des Blair-Flügels wurde mit nicht einmal fünf

Prozent abgestraft. Ähnlich erfreulich wie das Wahlergebnis aber war die Wahlbeteiligung: Nahezu drei Viertel aller Parteimitglieder – 72 Prozent – beteiligten sich an der Wahl und bewiesen damit ihr Interesse an der Politik der Partei überhaupt und einem Richtungswechsel von Labour im Besonderen. Sie strafte damit auch alle jene Lügen, die in allen westlichen Demokratien eine wachsende Parteienverdrossenheit im Allgemeinen und vor allem in der sozial schwachen Schicht, dem „Prekariat“, konstatierten. Die Londoner Wahl zeigt, dass die Massen mit klaren politischen Aussagen und eindeutig arbeitnehmerfreundlichen Aussagen zur Finanz-, Sozial- und Außenpolitik zu mobilisieren sind, weil sie verstanden hatten, dass es um ihre ureigenen Belange geht: *Tua res agitur*.

Corbin stellte seinen Wahlkampf unter klare anti-blairistische Slogans: Zwar will auch er das britische Defizit und die Staatsschulden abbauen, aber sozial gerecht vorgehen: Die in keiner Weise gerechtfertigten Steuerprivilegien der Großunternehmen sowie der Reichen will er abbauen, dazu die Austeritätspolitik beenden, die Ursache der finanziellen Not der Kleinverdiener, Arbeitslosen, Rentner und Jugendlichen ist. Zudem sollen die Privatisierung des öffentlichen Sektors und der Abbau des National Health Service zurückgefahren werden. Ein weiterer Punkt der „Corbynomics“ ist die Schaffung einer Nationalen Entwicklungsbank, die Kredite an öffentliche Körperschaften sowie Kommunen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnbau und einer besseren Infrastruktur, vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen, vergeben soll.

Natürlich bedeutet der Sieg Corbyns und seiner politischen Freunde noch keinen radikalen Wechsel der Labour Party im Unterhaus. Nicht einmal zehn Prozent der Labour-Abgeordneten dort haben sich für Corbyn entschieden, das Partei-Establishment, die Tories und die konservative Presse kritisieren heftig den Linksruck bei Labour. Es kommt deshalb entscheidend darauf an, wie sich die französischen Sozialisten und die deutsche Sozialdemokratie zum Richtungswechsel in London verhalten. Ihre Unterstützung wäre von entscheidender Bedeutung dafür, dass linke Positionen in Europa wieder an Zuspruch gewinnen. Voraussetzung dafür aber wäre ein klares Bekenntnis von Corbyn zu einem sozialen Europa und eine Absage an die Abspaltung der Insel, wie sie die Konservative Partei und UKIP anstreben.

Sollte sich die deutsche Sozialdemokratie dazu durchringen, die neue, im Grunde klassische sozialdemokratische, Labour-Programmatik zu übernehmen und sich klar gegen neoliberale Positionen aussprechen, bestünde die Möglichkeit, wieder eine Politik links von der Mitte zu gestalten. Sie könnte verlorengangene Mitglieder und Wähler zurückholen und neue dazugewinnen. Das Ziel ist die Hoffnung *Willy Brandts*, eine Mehrheit links von der Mitte zu schaffen.